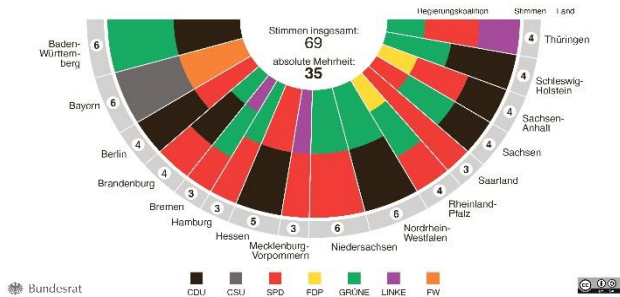




## KW 12 – Demokratie Blockade

Die Zusammensetzung des Bundesrates

seit 18. Januar 2024



Es liegt an den Wählern, für klare Verhältnisse zu sorgen. Sie müssten einfach nur einer Partei zur absoluten Mehrheit verhelfen, so wie im Saarland, wo die SPD allein regiert. Schaut man sich die Zusammensetzung des Bundesrates an, so ist sie recht farbenfroh. In neun Bundesländern teilen sich zwei Parteien das Regieren, in sechs sogar drei. So lange es um linke Koalitionen aus SPD, Grünen und Linken geht, ist das Finden eines gemeinsamen ideologischen Nenners einfacher als in Koalitionen, an denen CDU und FDP beteiligt sind. Bei der Cannabis-Abstimmung am Freitag im Bundesrat, blickte der geneigte Politik-Beobachter aber nicht so richtig durch. Die Frage stand im Raum, den Vermittlungsausschuss aus Bundestag und Bundesrat anzurufen, was eine Verzögerung des Gesetzes zur Folge gehabt hätte. Bayern (CSU/FW), Baden-Württemberg (Grüne/CDU), Brandenburg (SPD/CDU/Grüne) und das Saarland (SPD) stimmten dafür. Es ist also keineswegs so, dass die Cannabis-Legalisierung vornehmlich ein rot-grünes Lieblingsprojekt ist.

Alle anderen Länder enthielten sich der Stimme, weil die jeweiligen Koalitionsparteien sich gegenseitig blockierten. Ist keine Einigung zu erzielen, wie in Berlin zwischen CDU und SPD, enthält man sich der Stimme.

Der sächsische Ministerpräsident **Michael Kretschmer** (CDU) hielt eine sehr emotionale Rede und betonte, dass er für den Vermittlungsausschuss stimmen werde, was er dann auch tat. Seine Koalitionspartner, die Kleinstparteien SPD (derzeit sechs Prozent) und Grüne (5,7%) enthielten sich. Da nur je Bundesland ein Votum gilt, wurde die Abstimmung Sachsens folgerichtig für ungültig erklärt. Koalitionsstreit auf offener Bühne, live bei Phoenix.

Was Brandenburg betrifft, so gab es den Streit nicht im Plenum des Bundesrates, sondern erst danach.

Ministerpräsident **Dietmar Woidke** (SPD) stimmte für den Vermittlungsausschuss, was anders mit dem Koalitionspartner Grüne vereinbart worden sein soll. Letztlich ist es unverständlich, warum sich Woidke den Stress mit den Grünen gemacht hat, auf seine Stimme ist es ohnehin nicht angekommen.

Ich habe versucht, die Debatte zu verstehen und kann die Bedenken gegen die Cannabis-Freigabe nachvollziehen. Auch, dass sich die Justizminister aller Bundesländer dagegen ausgesprochen haben, ist verständlich. Denn, alle die wegen Vergehens nach dem Betäubungsmittelgesetz verurteilt wurden und im Gefängnis sitzen, müssten nun „begnadigt“ werden. „Allein in Baden-Württemberg wurden 19.000 Verfahren zur Prüfung an die Strafvollstreckungsbehörden übermittelt. Diese Verfahren müssen nun händisch darauf geprüft werden, ob die Vollstreckung von dem rückwirkenden Straferlass betroffen sein könnte oder nicht.“ Quelle: SWR

Die Bundesregierung geht von maximal 7.500 Prüffällen bundesweit aus. „Demnach sitzen von den rund 41.000 inhaftierten Straftätern nur 7.500 Menschen wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz in Haft. Von diesen bezögen sich wiederum wohl nur etwa wenige hundert Fälle auf Cannabis und ständen im Zusammenhang zur Gesetzesänderung.“ (Quelle: Tagesspiegel) Für Gesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD) ist das kein Problem, denn die Justiz werde ja künftig dadurch entlastet, dass es keine neuen Verfahren mehr geben werde.

Offen und ehrlich gebe ich zu, dass ich das Für und Wider nicht beurteilen kann. Mit den Bedenkensträgern kann ich mich allerdings eher anfreunden als mit denen, die im Hanf-Museum Berlin ihren Sieg gefeiert haben. CDU-Chef **Friedrich Merz** will das Gesetz rückgängig machen, wenn er Kanzler ist. Viel Spaß dabei in einer Koalition mit den Grünen. Und bei der Rückgängigmachung des Bürgergelds ebenso viele Freude in einer Koalition mit der SPD.

Ich habe viele zugekiffte Menschen erlebt, wie sie lethargisch mit glasigen Augen, fast regungslos in die Welt schauten. Da sind mir die doch lieber, die in verträglicher Dosis Alkohol genießen und dadurch angeregt heiter plaudernd am Kneipentisch sitzen. Liebe Kiffer, es nützt nichts, Euer Bewusstsein erweitern zu wollen, wenn ihr keins habt.

Unabhängig vom Krieg Russlands gegen die Ukraine, ist der **Anschlag auf eine Konzerthalle bei Moskau** mit aktuell 133 Toten und mehr als 100 Verletzte das schlimmste Ereignis in der 12. KW. Perfide ist die Reaktion Putins. Ausgerechnet der Geheimdienst des



KGB-Mannes Putin hat kläglich versagt und war nicht auf den Terrorakt vorbereitet. Und dass, obwohl es Warnhinweise aus den USA gab, die man beim KGB-Nachfolger FSB offenbar ignoriert und als westliche Propaganda abgetan hat.

Dieser Vorgang erinnert fatal an das Totalversagen des angeblich besten und mit rund 7.000 Mitarbeitern nach der CIA größten Geheimdienstes der Welt, dem Mossad. Auch er hat den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nicht kommen sehen. Und wie in Israel, hat es auch bei Moskau ewig gedauert, ehe den Menschen geholfen werden konnte. Es ist erschreckend zu sehen, wie die Terroristen, ohne aufgehalten zu werden, einfach in die Konzerthalle gelangen und sie in Schutt und Asche legen konnten.

Putin versucht sein Versagen zu kaschieren und perfider Weise daraus auch noch Kapital zu schlagen, indem er eine Spur in die Ukraine legt. Da nützt es nichts, dass der so genannte Islamische Staat (IS) den Anschlag für sich reklamiert und sogar Videos und Täterwissen veröffentlicht. Das passt nicht in Putins Bild. In einer Ansprache erwähnt er nicht einmal die wahren Täter, sondern beschuldigt die Ukraine als Helfer der Terroristen. Schlimm nur, dass er offenbar bei seinen eigenen Landsleuten damit durchzukommen scheint.

Das Terrorismus-Problem in Russland ist hausgemacht. Wer gegen Nachbarstaaten Krieg führt, muss sich nicht wundern, wenn er damit die Saat für Terrorakte legt. Putin ist bekannt dafür, Terrorangriffe zu inszenieren, um sich selbst Gründe für einen Krieg zu schaffen. Erinnern wir uns an Tschetschenien 1999. Eine Sprengladung zerstörte einen Wohnblock in Moskau, 94 Menschen starben. Vier Tage danach wurde ein weiterer Wohnblock durch eine Explosion zerstört, diesmal starben 119 Menschen.

*„Beide Anschläge waren laut der Journalistin **Katrin Eigendorf** und laut dem ehemaligen FSB-Agenten und Dissidenten **Alexander Litwinenko** von **Wladimir Putin** inszeniert...Auch nach Recherchen der französischen Journalisten **Jean-Charles Deniau** und **Charles Gazelle** wurden die Explosionen vom FSB gezündet, um eine Rechtfertigung für die Fortsetzung des Tschetschenienkrieges zu haben, der wiederum Putin half, die Kommunisten bei der Präsidentschaftswahl am 26. März 2000 zu schlagen. Mehrere Duma-Abgeordnete, die Nachforschungen zu den Explosionen anstellten, wurden später ermordet.“* Auch Journalisten, die zu den Vorgängen recherchierten, starben keines natürlichen Todes.

Quelle: Wikipedia

Putin hält an seinem Narrativ fest, dass die Spur in die Ukraine führe. Ausgeschlossen scheint zu sein, dass Putin diesmal selbst den Anschlag initiiert habe. Die Bekennerschreiben des IS-Ablegers ISPK oder ISIS-K schätzt der Terrorismusexperte **Peter R. Neumann** vom Londoner King's College als authentisch ein.

*Für Neumann ist der ISPK aktuell der aktivste Zweig des IS. Der ISPK soll Zellen in Afghanistan und Pakistan unterhalten und über erhebliche Kapazitäten für Operationen im Ausland verfügen. Mehr als 1.000 Menschen sollen sich der etwa 2015 gegründeten Organisation zugehörig fühlen. Auch sollen enge Verbindungen zu Extremisten in Zentral- und Südasiens und den Iran bestehen.*

*Laut einer Analyse im Magazin „foreign policy“ ist Russland aus mehreren Gründen ins Fadenkreuz des ISPK geraten: wegen Russlands historischer Verstrickungen in Afghanistan, dem brutalen Vorgehen gegen die mehrheitlich muslimische Bevölkerung in mehreren Tschetschenien-Kriegen und der anhaltenden Unterstützung des Kremls für den Diktator Bashar al-Assad in Syrien.*

Der Westen hat jedoch keinen Grund, sich bequem zurückzulehnen und den Geschehnissen in Russland zuzuschauen, denn der „ISPK ist vermutlich der einzige IS-Ableger, der aktuell fähig wäre, im Westen einen großen, koordinierten Anschlag durchzuführen.“ *Quelle: ZDF*

Nein, es wird keine ruhige Osterwoche. Putin wird sich immer neue Geschichten ausdenken, warum jetzt erst recht die „Faschisten“ in der Ukraine ausgerottet werden müssen. Putin reagiert wegen seines Versagens wie ein verletztes Tier, das noch aggressiver und gefährlicher wird.

**Donald Trump** höchst persönlich übt Druck auf seine Republikanische Partei aus, um das geplante 60-Milliarden-Hilfspaket für die Ukraine zu verhindern. Nur durch härtere Maßnahmen an der Grenze zu Mexiko wären die Republikaner bereit, das Geld freizugeben. Die Freiheit der Ukraine wird ausgespielt gegen den „Schutz“ vor Mexikanern.

Trump, der immer behauptet hatte, „wirklich reich zu sein“, hat auch in diesem Fall gelogen. Morgen muss er eine halbe Milliarde Dollar als Kautions hinterlegen. Das wird ihm nicht möglich sein, es sei denn, er findet wieder ein Schlupfloch. Wann wird dieser Mensch endlich weggesperrt?

**Ed Koch**